Mitteilungen
an Freunde und Förderer

FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Edisonstraße 5, 60388 Frankfurt/Main

Nr. 10
November 2026

Iran

Die Mullah-Diktatur verschärft Verfolgung

Viele junge Leute unter den Opfern

„Mein Bruder Parsa Najafi wurde am 6. Juni dieses Jahres in Isfahan im Alter von 19 Jahren festgenommen. Heute sind 123 Tage vergangen. Er ist inzwischen im Gefängnis 20 Jahre alt geworden, anstatt diesen Geburtstag mit seiner Familie und seinen Freunden zu verbringen. Am Morgen seiner Festnahme drangen Sicherheitskräfte des iranischen Geheimdienstministeriums ohne Vorankündigung in unser Elternhaus ein. Für meine Eltern war es ein Schock: Sie begannen ihren Tag wie jeden anderen, und plötzlich standen fremde Personen in unserer Wohnung. Sie durchsuchten die gesamte Wohnung und nahmen unter anderem Handys, Laptops, Bankkarten, Bargeld, Bücher und persönliche Dokumente mit.

Der Kontakt zu Parsa ist massiv eingeschränkt. Bei einem Besuch berichtete er unserer Familie, dass erheblicher Druck auf ihn ausgeübt werde, ein falsches Geständnis abzulegen. Er wirkte sehr erschöpft und psychisch stark belastet. Gerade deshalb braucht er einen Zugang zu seinem Rechtsanwalt. Bis heute gibt es keine belastbaren Beweise für die gegen ihn erhobenen Vorwürfe und keine transparenten Informationen über das Verfahren.

Wenn ich an der Universität bin, denke ich daran, dass mein Bruder dort sein könnte, aber stattdessen im Gefängnis sitzt. Wenn ich esse oder schlafen gehe, frage ich mich, ob er genug zu essen bekommt, wo er schläft und ob er erneut unter Druck gesetzt wird. Jeden Morgen ist einer meiner ersten Gedanken, wie es wohl Parsa geht. Und meine Eltern leben auch mit dieser Angst, dass erneut jemand vor unserer Tür steht und vielleicht ein weiteres Familienmitglied festgenommen wird. Parsa und viele andere junge Bahá'í dürfen nicht vergessen werden, denn ihr Glaube ist kein Verbrechen und ihre Freiheit darf kein Privileg sein."

So schilderte die 23-jährige Studentin Atossa Najafi das Schicksal ihres Bruders beim Pressegespräch mit der IGFM am 7. Oktober 2026.

Parsa Najafi; Foto: privat

Der junge Mann befindet sich seit seiner Festnahme im Gefängnis Dastgerd in Ishafan. Bis zum Redaktionsschluss blieb es seinem Anwalt verwehrt, mit ihm zu sprechen oder Akteneinsicht zu erhalten. Die IGFM ist besorgt über Berichte, denen zufolge massiv Druck auf Parsa ausgeübt wird, ein falsches Geständnis abzulegen. Er soll Spionage für Israel zugeben, währenddessen er diesen Vorwurf von sich weist. Ein Gerichtsverfahren wegen entsprechender Anklage könnte mit einem Todesurteil enden.

Mit Blick auf die interne Repression im Iran gibt es keine Entwarnung. Im Gegenteil: Unter anderem hat sich die Situation der Religionsgemeinschaft der Bahá'í dort in diesem Jahr erheblich verschärft. Die Gemeinde erleidet eine systematische staatliche Verfolgung, die inzwischen nahezu alle Lebensbereiche umfasst. Neben willkürlichen Festnahmen und langen Haftstrafen erreichen die IGFM Berichte über eine besorgniserregende Zunahme von wirtschaftlicher Entrechtung, Enteignung und gar Folter und Verschwindenlassen. Festnahmen, willkürliche Urteile, Hinrichtungen und gar extralegale Tötungen (Morde im staatlichen Auftrag) – mit der massenhaften Anwendung dieser Mittel bringt die Mullah-Diktatur nicht nur Andersgläubige, sondern generell Andersdenkende für immer zum Schweigen und schreckt andere ab. Die Verantwortlichen machen auch nicht Halt vor jungen Leuten, nicht einmal vor Minderjährigen. Schon die landesweiten Proteste im Januar 2026, an denen viele junge Bürgerinnen und Bürger beteiligt waren, wurden mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Zehntausende Personen wurden ermordet, sogar Schwerverletzte in Krankenhäusern aufgesucht und hingerichtet.

Die IGFM dokumentiert solche Schicksale in ihren regelmäßig erscheinenden Iran-Berichten, begleitet durch zahlreiche Kurz-Videos; sie beleuchtet Hintergründe und analysiert Entwicklungen. Zudem arbeitet die IGFM weiterhin mit Paten zusammen (Abgeordnete des EU-Parlaments, des Deutschen Bundestages sowie der Landtage und andere Persönlichkeiten), die sich über ihre eigenen Netzwerke für politische Gefangene im Iran einsetzen. Wir möchten Recherchen, Übersetzungen und Dokumentationen – als Argumentationsgrundlage für die Paten und andere Aktive – so gewissenhaft wie bisher fortsetzen. Bitte unterstützen Sie uns dabei.

Kennwort für Ihre Spende: Iran (86)

VORANKÜNDIGUNG: **JAHRESTAGUNG DER IGFM** – 10./11. April 2027 in Bonn

Liebe Freunde!

Bei dem Pressegespräch, das auf der Titelseite dieser Mitteilungen geschildert wird, erinnerte Nasim Sharafi, Referentin für Menschenrechtsfragen und Regierungsbeziehungen der Bahá'í-Gemeinde Deutschland, an die „Goldene Regel", dass allein Öffentlichkeit den politischen Gefangenen helfen kann. Sie bestätigte damit den Weg, den die IGFM seit ihrer Gründung 1972 wählt, wenn sie von solchen Schicksalen erfährt. Auf diese Weise besteht noch eine Möglichkeit, dass Diktaturen in einzelnen Fällen schließlich einlenken. Letztlich geht es ihnen nicht nur im Innern um Machterhalt und Kontrolle, sondern auch um ihr weltweites Ansehen und ihre internationale Zusammenarbeit.
Daraus folgt aber auch, dass diese Herrscher über ihre eigenen Staatsgrenzen hinaus versuchen, Zeugen für ihren Machtmissbrauch zum Schweigen zu bringen. Je besser Menschenrechtsorganisationen wie die IGFM über den Umgang dieser Regime mit ihrer Opposition aufklären, umso stärkeren Rückenwind erhalten demokratische Regierungen, um gegen diese von Diktaturen gesteuerten Aktivitäten vorzugehen.
Bitte unterstützen Sie unseren Einsatz für Menschenrechtsverteidiger!

Herzliche Grüße
Ihre
Michaela Koller

Syrien

Für Aufarbeitung der Assad-Verbrechen Wege der Versöhnung beschreiten

Als nach dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 die Gefängnisse geöffnet wurden, offenbarte sich in ihren Folterkellern eine in dieser Form selten dagewesene Brutalität der Assad-Schergen. Berüchtigt war das Militärgefängnis Saidnaya (auch als Sednaya bekannt) nördlich von Damaskus, in dem Schätzungen zufolge zwischen der Eröffnung des Gefängnisses 1986 bis 2024 zwischen 30.000 und 150.000 Menschen inhaftiert, gefoltert und getötet wurden. Weltweit wird die Haftanstalt auch als „Schlachthaus für Menschen" bezeichnet. Und es offenbarte sich, dass deutsche Spezialisten – DDR-Spezialisten – an der Ausarbeitung von Foltermethoden und der Ausbildung von Wachpersonal mitverantwortlich waren.

IGFM-Mitglied Dieter Dombrowski, ehemaliger politischer Gefangener im Zuchthaus Cottbus und heute nach erfolgreichen Stationen als Politiker des Landes Brandenburg jetzt Vorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), ist die Aufarbeitung von Verbrechen, die aus politischen Gründen begangen wurden, ein Herzensanliegen. Mit der Führungserfahrung des Menschenrechtszentrums Cottbus (MRZ) und der UOKG bemüht sich Dombrowski nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland um die Aufarbeitung solcher Taten sowie um Versöhnung und um Wiedergutmachung. Und schließlich sollen die ehemaligen Orte massiver Gewalt zu Erinnerungsstätten ausgebaut werden. Mit dieser Absicht und konkreten Vorschlägen im Gepäck reist Dombrowski seit zwei Jahren nach Syrien und führt Gespräche mit der syrischen Regierung, die angesichts ihrer Geschichte nicht einfach sind. Diplomatie ist hier besonders gefragt.

Ahmad Al-Dabool; Fotos: privat

Dombrowski geht dabei den Weg der Hilfe für Kinder, die schwer erkrankt sind, aber in Syrien nicht erfolgreich behandelt werden können. Auf diese Weise hat er bereits mehreren Kindern geholfen und findet daher stets ein offenes Ohr auch für sein Kernanliegen: die Errichtung eines Erinnerungs- und Wiedergutmachungszentrums. Ende September 2026 kam er von einer weiteren Reise aus Syrien zurück und bat die IGFM um Hilfe für den 16-jährigen Ahmad Al-Dabool, der laut einem Entlassungsbericht der Universitätsklinik Al-Mouwasat in Damaskus seit vier Jahren an Leberzirrhose leidet, deren Ursache unbekannt ist, und ein Krankheitsbild zeigt, das den gesamten Körper erfasst hat und der auch körperlich zurückgeblieben ist. Der Diagnose zufolge ist dringend eine Nierentransplantation notwendig. Der Spender der Niere ist Ahmads älterer Bruder Abdullah, der laut Untersuchungen der Uni-Klinik Mouwasat keine bekannten Vorerkrankungen oder chronischen Erkrankungen hat. Die notwendigen Papiere für Hin- und Rückreise für Ahmad, seinen Bruder Abdullah und seinen Vater als gesetzlichen Vormund nach Deutschland sind genehmigt; die deutsche Botschaft hat ihre Unterstützung zugesichert und die Charité in Berlin hat die Aufnahme zugesagt. Für Ahmad ist die Operation eine Art Zusicherung, dass er nach Jahren schweren Leidens wieder ein normales Leben führen und seinen Hobbys Fahrradfahren, Schwimmen und Fußball nachgehen und auch mit seinen Geschwistern wieder einen normalen Umgang pflegen kann. Privatinitiativen wie diese hier, auch wenn sie im Interesse der außenpolitischen Beziehungen wie ein weiterer Baustein Wirkung zeigen, müssen den Großteil der anfallenden Kosten selbst aufbringen. Die IGFM bittet daher um Ihre Spenden zur Mitfinanzierung der Flug-, Aufenthalts- und Folgekosten nach der OP.

Kennwort für Ihre Spende: Syrien (91)

Ägypten

Bessere Zukunftsaussichten für christliche Müllsammler

Wenn im Herbst starker Wind aufkommt und durch die engen Gassen im Viertel Moytamadeia in der ägyptischen Hauptstadt Kairo zieht, nimmt das den Menschen dort die Luft zum Atmen: Der Geruch von Fäulnis und Verwesung wird dann von den großen Müllsammelplätzen über das gesamte Areal verbreitet. Auf dem Weg über die Autobahn vom Geschäftsviertel Mohandessin Richtung Pyramiden ist auf der linken Seite eine markante Kirche der Siedlung zu sehen, die koptisch-orthodoxe Pfarrkirche von Sankt Georg (Mar Girgis): Neun von zehn Einwohnern dort sind Christen.

Die meisten von ihnen entstammen Zabbalin-Familien, wie sie in Ägypten genannt werden: Es ist das arabische Wort für Müllmenschen. Vor neun Jahrzehnten kamen die ersten christlichen Kleinbauern in die Hauptstadt; sie verließen aus wirtschaftlicher Not ihre heimischen Dörfer in Oberägypten und erwiesen sich schließlich als Überlebenskünstler. Zunächst suchten sie aus organischen Abfällen Tierfutter für ihre Schweinezucht. Dann kam die Verarbeitung von entsorgtem Glas, Papier, Plastik, Papier und Metall hinzu. In Moytamadeia leben rund 20.000 Menschen hauptsächlich vom Abfallrecycling. Bis zu 80 Prozent des Stadtmülls wird in solchen Stadtvierteln wiederverwertet, währenddessen die meisten westlichen Metropolen weniger als ein Viertel ihres Abfalls recyceln.

Die Schweinezucht wurde inzwischen staatlicherseits in dem Land mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit massiv zurückgedrängt. Das Recycling der Rohstoffe nahm daher an Bedeutung zu. So ökologisch sinnvoll diese Arbeit auch ist: Trotz der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Zukunft unterstützt die Regierung diese Menschen keineswegs. Förderung von Arbeitsschutz und weitere Automatisierung wären nötig. Es sind überwiegend Frauen und Kinder, die in den beengten Unterkünften den Abfall per Hand sortieren. Sie leben im Schmutz sowie Gestank und sind gesundheitlich gefährdet. Ohne Schutzhandschuhe sind sie einem hohen Risiko von Verletzungen und Ansteckungen durch Keime ausgesetzt; Staub und Fäulnisdämpfe gelangen beim Sortieren in die Atemwege, während die Männer an den Maschinen chemische Gifte einatmen.

Die Kurse für Frauen sind stark nachgefragt; Foto: EDAM

Seit einigen Jahren unterstützt die IGFM dort die lokale christliche Initiative „Kooperative zur Entwicklung der Umwelt“ mit Zuschüssen für medizinische Versorgung chronisch erkrankter Senioren sowie in Krisenzeiten mit Lebensmittelpaketen für Familien. Vor fünf Jahren kamen noch Zuschüsse zu Lehrmaterial und Trainerlohn für Kurse zur Gesundheitsvorsorge und über Strategien zur Bewältigung alltäglicher Herausforderungen hinzu. Das Programm mit rund einem Dutzend Teilnehmerinnen pro Kurs zielt auf die Stärkung der Frauen ab, die innerhalb der gesellschaftlich ausgegrenzten Bevölkerungsgruppe weitere Nachteile erfahren. Viele Mädchen und junge Frauen genießen nur eine kurze Schulbildung, beenden diese häufig sogar ohne Abschluss. Sie bleiben dann zu Hause oder arbeiten wie ihre Mütter als Sortiererinnen, andere berufliche Perspektiven sowie persönliche Weiterentwicklung bleiben ihnen in der Regel verwehrt. Für die Eltern hat das Weiterkommen ihrer Söhne Priorität, teils aus Geldnot, teils auch aus Angst vor den häufig vorkommenden Mädchen-Entführungen auf dem Weg zur Ausbildungs- oder Arbeitsstätte.

Die Initiative wandte sich am 29. September 2026 wegen der Wiederaufnahme der Kurse an die IGFM: *„Die meisten Menschen in Moytamadeia leben in einem Kreislauf der Unwissenheit. Die nachfolgenden Generationen müssen folglich unter denselben Bedingungen leben wie die vorhergehenden. Deshalb glauben wir, dass es unsere Aufgabe ist, diesen Kreislauf zu durchbrechen und den neuen Generationen den Weg zu ebnen, damit sie Licht am Ende des Tunnels sehen können. Vor allem Frauen leiden unter den üblichen Lebensumständen. Wir wollen ihre Sichtweise auf sich selbst sowie auf ihr Leben verändern und ihnen den Wert des Lernens nahe bringen, was ihnen und ihren Kindern zugutekommen wird.“* Der nachhaltige Erfolg der ersten Trainings zog eine rege Nachfrage nach sich. *„Die Teilnehmerinnen sind alle begeistert davon. Bei vielen Gelegenheiten fragen uns Frauen, wann wieder Kurse beginnen. Wir haben bereits eine Warteliste, da sich so viele von ihnen bereits verbindlich angemeldet haben.“*

Daher wird die IGFM weiteren Frauen die Teilnahme ermöglichen und ihnen damit eine bessere Lebensperspektive erschließen. Bitte unterstützen Sie mit Ihrer Spende die Fortsetzung der Kurse. Pro Teilnehmerin entstehen dabei rund 150,- Euro Kosten.

Kennwort für Ihre Spende: Christen in Ägypten (58)

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:

Empfänger: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte Deutsche Sektion
IBAN: DE93 3702 0500 0001 4036 00
Swift-BIC: BFSWDE33XXX
SozialBank AG Köln

Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.

Um Kosten für Druck und Postgebühren zu sparen, versenden wir diese Mitteilungen auch digital. Bitte schicken Sie uns dazu einfach eine E-Mail an info@igfm.de. Sie können sie auch online lesen:

Russland

Wie politische Gefangene unsere Unterstützung erleben

„Wir spüren, dass Ihr bei uns seid“

Arsenij Turbin; Foto: privat

„Liebe Freunde, ich möchte etwas sehr Persönliches und Wichtiges mit Euch teilen. Meine Mutter und ich haben drei Tage lang Zeit mit Arsenij verbracht. Diese Zeit enthielt ein ganzes Leben: von bitteren Tränen bis hin zu Momenten aufrichtiger Freude und Umarmungen, nach denen wir uns so sehr gesehnt hatten. Meine Mutter hatte ihren Enkel seit dem 20. Juni 2024 nicht mehr gesehen“, schrieb uns die Mutter von Arsenij Turbin, der 16-jährig wegen Verteilens von Putin-kritischen Flugblättern zu fünf Jahren Haft verurteilt worden war. Die Haftbedingungen haben ihn verändert, er war körperlich geschwächt und wollte einfach nicht, dass seine Großmutter ihn in diesem Zustand sieht. Doch jetzt war er bereit dazu. *„Diese drei Tage waren für uns ein unschätzbares Geschenk. An einem Tag kam Arsenij zu mir, umarmte mich fest und konnte seine Tränen nicht zurückhalten. Es waren keine Tränen der Schwäche, sondern von großer Müdigkeit angesichts der Ungerechtigkeit und der Lügen, mit denen er jeden Tag konfrontiert ist. Er sprach darüber, wie versucht wird, ihn zu diskreditieren, ihm radikale Ansichten zuzuschreiben, die er nie hatte. Er hat immer an Diplomatie und Menschlichkeit geglaubt, und dieser Versuch des Systems, seine Persönlichkeit zu brechen, verursacht ihm unerträglichen Schmerz. Obwohl der Abschied schwerfiel, fuhr meine Mutter mit einem Gefühl von Zuversicht weg. Sie sah ihren Enkel: intelligent, taktvoll, mit einer klaren Sprache und tiefem Respekt für seine Angehörigen.*

Arsenij bat darum, jedem von Ihnen ein großes Dankeschön auszusprechen. Er spürt Eure Unterstützung. Alle Eure Briefe bewahrt er sorgfältig in einem separaten Ordner auf – er liest sie immer wieder, wenn er bedrückt ist, und versteht, dass er nicht allein ist. Eure Hilfe gibt uns Kraft. Wir spüren, dass Ihr bei uns seid, und das ist für uns im Moment das Wichtigste. Danke!“

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat Kenntnis von über 130 jugendlichen inhaftierten Kriegsgegnern, beobachtet konsequent ihre Schicksale und setzt sich für ihre Haftentlassung ein.

Der politische Gefangene Alexander Skobow bleibt konsequent

Der russische Bürgerrechtler Alexander Skobow wurde im vergangenen Jahr wegen seiner Kritik am militärischen Überfall Russlands auf die Ukraine zu 16 Jahren Haft verurteilt. Die ersten drei Jahre davon soll er im Gefängnis verbringen, den Rest der Strafe in einer Strafkolonie strengen Regimes. Eine Revision gegen das Urteil wurde im April 2026 zurückgewiesen.

Jetzt wurde ein weiteres Verfahren gegen ihn nach Artikel 20.3 des Verwaltungsstrafgesetzbuches der Russischen Föderation eröffnet. Auslöser war Skobows Teilnahme an der Online-Plattform „Forum Freies Russland“ (FFR), das sich im April 2026 zum Ziel setzte, Russen sowohl im Land als auch im Ausland zu vereinen, die für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte eintreten. Inzwischen von der Putin-Administration als extremistische Organisation eingestuft, kann schon die Kontaktaufnahme zu den Betreibern der Plattform mit mehrjähriger Haft bestraft werden. Als Skobow bei der Gerichtsverhandlung aufgefordert wurde, seine Teilnahme und damit seine Schuld einzugestehen, reagiert er unerwartet: *„Ich frage die hier Anwesenden, die Diener des Putin-Regimes und kleinen Rädchen und Schrauben seiner repressiven Maschine: Bekennt Ihr Euch der Beteiligung an Putins Verbrechen für schuldig? Bereut Ihr Eure Mittäterschaft?“*

Skobow bleibt konsequent und sagt: „Ich soll meine Schuld anerkennen? Ich bin derjenige, der anklagt!“; Foto: privat

Alexander Skobow, der am 4. November 69 Jahre alt wird, ist immer für seine Meinung eingestanden. Bis auf eine relativ kurze Phase in der Regierungszeit des russischen Präsidenten Boris Jelzin, in der er rehabilitiert als Geschichtslehrer arbeiten konnte, wurde er immer wieder wegen Regierungskritik inhaftiert. Bereits vor 40 Jahren wurde er wegen Kritik an der Kommunistischen Partei im psychiatrischen Krankenhaus Nikolskoje im Leningrader Gebiet eingesperrt (siehe auch IGFM-Dokumentation „Psychiatrie als politische Waffe“). Trotz gesundheitlicher Einschränkungen lehnte er eine Ausreise aus Russland stets ab, weil – wie er ständig betont – seine Stimme innerhalb des Landes mehr Gewicht habe. Für seine Frau ist es eine schwere finanzielle Bürde, Skobow im über 1.000 Kilometer entfernten Gefängnis zu besuchen.

Jedes Schicksal stellt die Betroffenen und ihre Angehörigen vor finanzielle Probleme – wegen der Kosten der Besuche, Auslagen für den Anwalt, für Medikamente und humanitäre Hilfen – die wir lindern können. Bitte helfen Sie uns dabei.

Kennwort für Ihre Spende: Gefangen in Russland (35)

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Edisonstraße 5 • D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0 • Fax : 069 - 420 108 33
E-Mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684
Redaktion: Michaela Koller und Karl Hafen
Erscheinungsweise: monatlich
Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues
Satz und Layout: Manuel Kimmerle
Sektion Schweiz:
Geschäftsführer Hanspeter Hartmann
Clavanuovweg 14 • CH - 7249 Serneus
Telefon +41 44 586 45 45

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

Bei Verfolgten, die nicht schon vor Beginn der Verfolgung Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens waren, wurde der Name aus Sicherheitsgründen geändert.